Zeitschrift: Schweizer Monat : die Autorenzeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur

Band: 91 (2011)

Heft: 983

Artikel: Steuerungseuphorie : verabschieden wir uns vom liberalen Rechtsstaat?

Autor: Bindschedler, Georges

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-168698

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 13.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Steuerungseuphorie

Verabschieden wir uns vom liberalen Rechtsstaat?

Georges Bindschedler

Die jüngeren kontroversen Volksbegehren und -abstimmungen zeigen: der politische Diskurs dreht sich gegenwärtig um fundamentale Fragen. Das ist eine gute Nachricht. Aber zugleich auch eine schlechte. Denn viele der behandelten Probleme stellen sich bei näherem Hinsehen als Scheinprobleme heraus, die bloss dazu dienen, die politische Empörungsindustrie zu bewirtschaften. Derweil laufen Veränderungen ab, die die verfassungsrechtliche Ordnung tiefgreifend zu verändern drohen – unwidersprochen.

In der Art von Goethes Zauberlehrling massen sich Politik, Ämter und die Nationalbank an, die Wirtschaft mit einer Selbstverständlichkeit zu lenken, die von unhelvetischer Selbstüberschätzung zeugt. Sämtliche Lebensbereiche werden gesetzgeberisch erfasst, vom Rauchen bis hin zur Kinderbetreuung durch die Grosseltern.

Wo einst Widerstand sich regte, wird bloss noch gemurrt und am Ende brav genickt. Eigenverantwortung und Selbstbestimmung sind zu Vokabeln der politischen Rhetorik geworden, deren inflationärer Gebrauch mit zunehmender Bedeutungslosigkeit einhergeht. Um solchen Auswüchsen entgegenzutreten, schlägt die sogenannt «liberale» Freisinnige Partei (FDP) eine Initiative vor, die mittels Gesetz die Gesetzesflut eindämmen soll! Das Paradox schlechthin… Wie der gute alte Goethe es so treffend sagte: «Die ich rief, die Geister, / Werd' ich nun nicht los.»

Die Regulierungsdichte und die Einsetzung von Kontrollbehörden ist dabei nur *eine* Ausprägung der mehrheitsfähigen Steuerungseuphorie. Eine andere ist die schleichende Remonopolisierung der Wirtschaft, wie im Falle der Swisscom, deren Konkurrenten von einer ehrgeizigen, aber weltfremden Wettbewerbsbehörde an einer Fusion gehindert werden. Die Wettbewerbsbehörde schafft den Wettbewerb ab, um die mehrheitlich staatliche Swisscom zu schützen, die übrigens über wettbewerbsverzerrende Pfründe aus vergangenen Zeiten verfügt und von der Armee Millionenbeträge für längst nicht mehr verwendete Kabel erhält.

Besonders gut gedeiht die Planwirtschaft im Gesundheitsbereich, wo ein *numerus clausus* für Arztpraxen eingeführt worden ist, der einen schon bestehenden und damit preissteigernd wirkenden Ärztemangel noch künstlich verschärft. Man schaltet den Wettbewerb gesetzlich aus und hat damit einen Vorwand, Preise und Leistungen zentralistisch zu regeln.

Um die Strompreise tiefzuhalten, setzt die Eidgenössische Elektrizitätskommission Elcom unter Führung eines ehemaligen – bürgerlichen? – Ständerats willkürlich einen tiefen Satz für die Verzinsung des in den Stromnetzen gebundenen Kapitals fest. Die Liberalisierung des Strommarktes ist derweil aufgeschoben und gerät unter politischen Druck. Die Regulierung ruft nach noch mehr Regulierung, bis Ursache und Wirkung nicht mehr auseinanderzuhalten sind. Man denke an die Landwirtschaftspolitik vergangener Jahrzehnte, wo mit zunehmender Regulierungsdichte die Effekte jeder neuen Steuerung ungewisser wurden. Oder man denke an die Wohnungsknappheit, die dort am akutesten ist, wo am engsten reguliert wird, was gebetsmühlenartig zur Forderung nach staatlicher und damit wiederum regulierter Wohnbauförderung führt. «Die ich rief, die Geister, / Werd' ich nun nicht los.»

Die National- und Zentralbanken der westlichen Welt, die mit ihrer zunehmend aktionistischen Geldmengenpolitik der Wirtschaft tiefe Zinsen und damit kurzfristig günstige Bedingungen verschafften, allerdings gleichzeitig eine Blase nach der andern verursacht haben, tragen ihren Teil zum Abgleiten der Wirtschaftsregulierung in die Planwirtschaft bei. Das ist immerhin konsequent, denn die Geldmengensteuerung trägt ja in sich schon den Keim der Planwirtschaft. Die zunehmende Masslosigkeit der Geldmengensteuerung ist aber nichts anderes als ein weiterer Ausdruck von Machbarkeitswahn und hat die Gesetze der Marktwirtschaft ausser Kraft gesetzt, wonach Preise und Zinsen das Verhältnis von Angebot und Nachfrage widerspiegeln. So werden neue Regulierungen nötig, um die geprellten Sparer und Rentner mit gesetzlichen Minimalzinsen und Umwandlungssätzen für allzutiefe Zinssätze zu entschädigen. «Die ich rief, die Geister, / Werd' ich nun nicht los.»

Die Behörden werden mit Kompetenzen ausgestattet, die einen fast unbegrenzten Ermessensspielraum zulassen. Sie legen Preise und Zinsen fest, seien es nun Geldzinsen, Mietzinsen, BVG-Sätze, Strompreise, Bahn- oder Posttarife. Dabei sind sie niemandem Rechenschaft schuldig ausser sich selbst, gehorchen mithin keinen objektivierbaren Regeln, können also willkürlich handeln.

Eindringlich stellt sich deshalb die wichtige, wirklich grundsätzliche Frage: Wollen wir einen liberalen, demokratischen, verlässlichen Rechtsstaat, wie ihn unsere Väter schufen, oder wollen wir die Entwicklung zu einem autokratischen, bürokratischen, freiheitsfeindlichen und willkürlichen Planwirtschaftssystem?

GEORGES BINDSCHEDLER, geboren 1953, ist promovierter Jurist und Unternehmer.

«Strauss in Vase mit Himmel», Öl auf Leinwand, 146 x 114 cm, 2009 (Art Berliner)